



## Niederschrift

### 38. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 12.10.2005
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:24 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 18:20 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Schröder, Michael	CDU	entschuldigt
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	entschuldigt
Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister	SPD	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Hebig WIBERA  
Frau Plesch PwC LEGAL AG  
Herrn Müller-Zinsius, GEWOBA  
Herr Dr. Hehner, MC Kinsey  
Frau Hartmann, SB Beteiligungsmanagement  
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit  
Herr John, Kis  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14. September 2005
- 2 Straßenreinigungsgebühren  
Vorlage: 05/SVV/0290  
Fraktion PDS
- 3 Grundregeln für die Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen in privater Rechtsform  
Vorlage: 05/SVV/0518  
Fraktion PDS
- 4 Freizeitbad am Brauhausberg / Schlossareal - Grundstückspreis-Kalkulation  
Vorlage: 05/SVV/0536  
Fraktion PDS
- 5 Externe Stellenbesetzung 'Baukontrolleur/in'  
Vorlage: 05/SVV/0754  
Oberbürgermeister, Bereich Personal und Organisation
- 6 Antrag auf überplanmäßige Ausgabe / HH-Stelle 11800.65500  
Vorlage: 05/SVV/0761  
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht
- 7 Bildung des Unternehmensverbundes im Bereich Bauen und Wohnen  
Vorlage: 05/SVV/0677  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Mitwirkungsgremien in den Stadtteilen  
Vorlage: 05/SVV/0592  
Oberbürgermeister, SB Recht
- 8.2 Anpassung aller Satzungen der kreisfreien Stadt Potsdam in Bezug auf den Ersatz von Sozialhilfeleistungen durch Arbeitslosengeld II ab 01.01.2005  
Vorlage: 05/SVV/0692  
Oberbürgermeister, GB 3 und 2
- 8.3 Information zum Klinikum entsprechend des überarbeiteten Zeitplans zur DS  
05/SVV/0388  
siehe HA 24.08.05
- 8.4 Bericht über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern  
Oberbürgermeister
- 9 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14. September 2005**

Frau Knoblich leitet die Sitzung des Hauptausschusses gem. § 41 Abs. 2 der Geschäftsordnung, sie begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. (Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt Frau Knoblich auf Bitte der Verwaltung vor, den Tagesordnungspunkt 8.3 im nicht öffentlichen Teil zu behandeln; dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Weitere Hinweise und Änderungen werden nicht vorgetragen; die Tagesordnung wird mit der o.g. Änderung einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll der 37. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 14. September 2005 gibt es keine Änderungen; das Protokoll wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, bestätigt.

#### zu 2 **Straßenreinigungsgebühren Vorlage: 05/SVV/0290**

Herr Dr. Scharfenberg beantragt eingangs das Rederecht für den Einwohner Herrn Dr. Rummler. Dem Geschäftsordnungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen zugestimmt. Herr Dr. Rummler erläutert in seinem Redebeitrag seine Auffassung zum gegenwärtig angewandten Berechnungsverfahren.

Anschließend verweist Frau E. Müller auf das schriftlich ausgereichte Material zur „Darstellung der wesentlichen Rahmenbedingungen für die Kalkulation von Straßenreinigungsgebühren in der Landeshauptstadt Potsdam“ durch die WIBERA. Das in Auftrag gegebene Gutachten sei noch nicht vollständig fertig gestellt, werde aber umgehend nachgereicht.

Frau Knoblich begrüßt Herrn Steffen Hebig von der WIBERA und Frau Marion Plesch von der PwC LEGAL AG.

Herr Hebig erläutert in seinen Ausführungen den Auftragsgegenstand und die Auftragsbedingungen, die rechtlichen Rahmenbedingungen, die rechtlich anerkannten und praktizierten Maßstäbe, die Vor- und Nachteile der einzelnen Berechnungsmaßstäbe, Anforderungen und Konsequenzen bei einem Wechsel des Berechnungsmaßstabes sowie die Vergleichbarkeit von Gebührensätzen.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Herr Mühlberg nach, wie es sich mit dem genannten Äquivalenzprinzip bezüglich der Häufigkeit der Reinigung und der Einordnung in Reinigungsklassen verhalte, denn nach dem genannten Prinzip müsse zwischen Leistung und Gegenleistung ein „irgendwie gearteter“ Zusammenhang gegeben sein. Herr Dr. Scharfenberg merkt zu den Ausführungen an, dass vieles vom dem Gesagten bereits diskutiert wurde und der Kern des Auftrages an die WIBERA - nämlich die Gegenüberstellung der Berechnungsmaßstäbe - seiner Meinung nach nicht erfüllt sei. Er bleibe bei seiner Auffassung, dass der Frontmetermaßstab dem Bürger besser vermittelbar sei als der Quadratmeter

wurzelmaßstab. Dazu finde sich in der Gegenüberstellung auf Seite 9 des ausgereichten Materials keine Aussage. Grundlage für den Wechsel vom Frontmetermaßstab zum Quadratwurzelmaßstab seien die fehlenden Angaben zu den Frontmetern der einzelnen Grundstücke gewesen – jetzt liegen die Angaben vor und es gebe keinen Grund, den Frontmetermaßstab nicht anzuwenden.

Herr Cornelius verweist darauf, dass es die Proteste so oder so geben werde. Im Weiteren könne er als Mitglied des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden die Aussage von Herrn Dr. Rummier nicht bestätigen, dass Einsprüche „abgeschmettert“ wurden. Sowohl die Verwaltung als auch der Ausschuss haben sich mit dem Thema intensiv befasst – bei fehlender Einsicht des Bürgers bleibe diesem nur der Weg über eine Klage beim Verwaltungsgericht.

Herr Schüler findet es bedauerlich, sich immer wieder mit der Frage beschäftigen zu müssen, da diese hinreichend diskutiert sei und sich die Mehrheit oft genug für die Anwendung des Flächenmaßstabes ausgesprochen habe. Die hohe Belastung der Bürger sei nicht nur durch den Wechsel des Berechnungsmaßstabes, sondern auch durch die Senkung der städtischen Zuschüsse entstanden.

Herr Schubert stimmt der Kritik von Herrn Dr. Scharfenberg zu, dass sich die Gegenüberstellung auf nur einer Seite des schriftlichen Materials darstelle. Der Antrag sei zurückgestellt worden, um die rechtliche Prüfung abzuwarten. Die sollte schon über die Auflistung der rechtlichen Tatsachen hinausgehen. Das Ergebnis greife zu kurz und erfülle den gegebenen Auftrag nicht.

Frau E. Müller betont, dass die Situation durch eine sich ständig wiederholende Diskussion nicht besser werde. Hier greife auch die soziale Verantwortung gegenüber denen, die nicht über ein großes Grundstücksvermögen verfügen. Außerdem gebe es keine neuen Widersprüche auf der Grundlage des neuen Berechnungsverfahrens. Die Argumente „lägen auf dem Tisch“ und seien durch das Gutachten bestätigt.

Herr Dr. Scharfenberg widerspricht der Aussage von Frau E. Müller, es gebe keine neuen Widersprüche. Er allein habe schon ein „ganzes Paket“ vom August dieses Jahres. Deshalb wolle er die genaue Zahl der neuen Widersprüche zur Kenntnis erhalten.

Herr Bretz meint, dass die Diskussion an der eigentlichen Thematik vorbeigehe. Den Bürger drücke die Höhe der Gebühr und da stelle sich die Frage, wie viel die Stadt für die Reinigungsleistung bezuschussen könne und wolle, um den Bürger zu entlasten. Will man diesen Anteil erhöhen, belaste man den angespannten Haushalt. Der Berechnungsmaßstab stehe deshalb in der Kritik, weil der Anteil der Umlagehöhe gleichzeitig größer wurde und das sei nicht eine Frage des Berechnungsmaßstabes allein.

Herr Exner führt dazu aus, dass, egal welche Umstellung gewählt werde, es immer „Gewinner und Verlierer“ geben werde. Vielleicht sei die Zusammenlegung der Umstellung des Berechnungsverfahrens und die Kürzung der Subventionen ein Fehler gewesen. Die hohe Bezuschussung musste jedoch wegfallen, weil sie u.a. ein Kriterium für die Haushaltsgenehmigung und Bestandteil der Haushaltskonsolidierung sei. Mit dem Quadratwurzelmaßstab gebe es darüber hinaus auch eine wesentlich höhere Rechtssicherheit, weil die für die Berechnung verwendeten Angaben dem Kataster entnommen werden.

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Das Berechnungsverfahren für die Straßenreinigungsgebühren wird ab 2006 wieder auf Frontmeter umgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 8  
Stimmenthaltung: 1

Damit wird der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des o.g. Antrages empfohlen.

**zu 3 Grundregeln für die Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen in privater Rechtsform  
Vorlage: 05/SVV/0518**

Frau Knoblich informiert über das Votum des Ausschusses für Finanzen, der den Antrag mit der Terminänderung „spätestens 30.06.2006“ angenommen habe. Herr Exner begrüßt diesen Antrag und verweist darauf, dass mit den im April 2002 vorgelegten Beteiligungsrichtlinien schon eine Grundlage geschaffen wurde, die nun weiterentwickelt werden müsse. Anschließend begründet er die genannte Terminverschiebung .

Herr Dr. Scharfenberg übernimmt die Terminänderung und verweist darauf, dass der Antrag in der von der Fraktion Die Linke. PDS in der Sitzung der StVV modifizierten Fassung und dem o.g. Termin zur Abstimmung gestellt werden müsse.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung

„Grundregeln für die Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen in privater Rechtsform“

auf der Grundlage von § 104 GO Brandenburg in einer dafür geeigneten Rechtsform spätestens zum 30.06. 2006 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 4 Freizeitbad am Brauhausberg / Schlossareal - Grundstückspreis-Kalkulation  
Vorlage: 05/SVV/0536**

Herr Dr. Scharfenberg informiert, dass die Verständigung in der Fraktion ergeben habe, den Antrag nicht zurückzuziehen sondern abstimmen zu lassen .  
Daraufhin beantragt Herr Bretz, die DS im nicht öffentlichen Teil noch einmal aufzurufen, um weitere Nachfragen stellen zu können. Diesem Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, bei einer Gegenstimme, zugestimmt.

**zu 5 Externe Stellenbesetzung 'Baukontrolleur/in'**  
**Vorlage: 05/SVV/0754**

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 464 210 09 Baukontrolleur/in im Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung, Bereich Technische Bauaufsicht  
Stellenwert: Vc Fg. 18 BAT-O/ E 8 TVöD, wird zur externen Besetzung mit 36 Wochenstunden ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 6 Antrag auf überplanmäßige Ausgabe / HH-Stelle 11800.65500**  
**Vorlage: 05/SVV/0761**

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die weitere, über die vom Kämmerer bereits in Höhe von 74.000,- € gewährte überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 42.416,46 € in der HH-Stelle 11800.65500 Sachverständigen-, Gerichts- und Rechtsanwaltskosten wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

**zu 7 Bildung des Unternehmensverbundes im Bereich Bauen und Wohnen**  
**Vorlage: 05/SVV/0677**

Frau Knoblich informiert über das Beratungsergebnis des Ausschusses für Finanzen, der dem o.g. Antrag vorbehaltlich der Diskussion des angekündigten Änderungs- bzw. Ergänzungsantrages der Fraktion Die Linke. PDS vom Grundsatz her einstimmig zugestimmt habe. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den schriftlich ausgereichten Änderungs- und Ergänzungsantrag, der weitestgehend mit der Verwaltung abgestimmt sei. Die Fraktion habe in den anderen Ausschüssen auf eine Einbringung verzichtet, um die Änderungen im Hauptausschuss zu

besprechen. Da der Änderungs- und Ergänzungsantrag den Mitgliedern des Hauptausschusses erst als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben wurde, schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, diesen in der Sitzung des Hauptausschusses am 26.10.2005 erneut aufzurufen. Dann hätten die Fraktionen auch eine Möglichkeit, die vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu diskutieren. Seitens der Verwaltung, so Herr Exner, werde deren Stellungnahme den Fraktionen ebenfalls zur Kenntnis gegeben, um dann einen Konsens herstellen zu können.

Gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Abschließend fragt Herr Schüler nach, ob seitens der Verwaltung an eine Umwandlung der Aufsichtsräte in Beiräte gedacht sei. Herr Exner antwortet darauf, dass hier keine Änderungen vorgesehen seien; wenn es Änderungen diesbezüglich gebe, dann nur redaktioneller Art.

## **zu 8            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 8.1        Mitwirkungsgremien in den Stadtteilen Vorlage: 05/SVV/0592**

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass den Stadtverordneten die in der Mitteilungsvorlage dargestellte Rechtslage durchaus bekannt sei. Anliegen des Beschlusses war es, im Rahmen der Bürgerkommune Ansprechpartner in den Wohngebieten zu finden. Darüber gelte es, sich Gedanken zu machen. Dem schließt sich Herr Schubert in seinen Äußerungen an und betont, dass die Frage zu klären sei, woher Vereine o.ä. Gremien ihre Legitimation nehmen, für einen ganzen Stadtteil zu sprechen. Diese Frage müsse im Zusammenhang mit dem Leitfaden zur Bürgerkommune besprochen werden.

### **zu 8.2        Anpassung aller Satzungen der kreisfreien Stadt Potsdam in Bezug auf den Ersatz von Sozialhilfeleistungen durch Arbeitslosengeld II ab 01.01.2005 Vorlage: 05/SVV/0692**

Frau Fischer erläutert kurz die Mitteilungsvorlage. Frau B. Müller fragt nach, wie die durch die Satzungsanpassungen entstehenden finanziellen Mehrkosten ermittelt und erfasst werden sollen. Frau E. Müller antwortet darauf, dass man die Inanspruchnahme durch ALG II-Empfänger sicher nicht nachvollziehen und erfassen könne. Trotzdem sei die Aussage in der Mitteilungsvorlage, dass Satzungsanpassungen finanzielle Auswirkungen haben, vom Grundsatz her richtig.

### **zu 8.3        Information zum Klinikum entsprechend des überarbeiteten Zeitplans zur DS 05/SVV/0388**

Die Behandlung erfolgt im nicht öffentlichen Teil.

### **zu 8.4        Bericht über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern**

Herr Exner schlägt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vor, den Bericht in die Tagesordnung der Sitzung am 26.10.2005 aufzunehmen. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Bezugnehmend auf die Mitteilungsvorlage „**Schwerpunkte der öffentlichen Haushaltsdiskussion (Bürgerhaushalt)**“ mahnt Herr Dr. Scharfenberg die Diskussion inhaltlicher Schwerpunkte durch die Stadtverordneten sowie die Beantwortung der Frage an, wie die Mitbestimmung der Bürger gesichert werden solle. Bezüglich der geplanten zweiten Veranstaltung zum Bürgerhaushalt am 11.11.2005 äußert er seine Bedenken, da zum einen an diesem Tag die Festschreibungszeit beginne und zum anderen es sich um einen Freitag handle. Bleibe der Termin so bestehen, sei der Misserfolg vorprogrammiert. Hier sollte die Verwaltung versuchen, einen neuen Termin zu finden. Herr Schubert meint, dass die Verwaltung nicht einer Bitte sondern dem klaren Auftrag, einen neuen Termin zu suchen, folgen sollte. Wenn die Stadt bürgerfreundlich sein wolle, müsse sie dies auch praktizieren.

Herr Exner teilt die Bedenken; verweist allerdings darauf, dass die Suche nach einem für alle Beteiligten möglichen Termin sehr schwierig war und deshalb der 11.11.05 zustande kam.

Im Ergebnis der Diskussion wird festgelegt, dass eine Terminverschiebung seitens der Verwaltung geprüft und in der Hauptausschusssitzung am 26.10.05 über das Ergebnis informiert wird.

Frau B. Müller bittet zum Beschluss DS-Nr.: 05/SVV/0710 um eine Verständigung im Hauptausschuss, an wen die Resolution „Keine Kürzungen bei Bus und Bahn“ weitergeleitet werden solle. Im Ergebnis dessen soll der Beschluss an Bund und Land geschickt werden

Herr Dr. Gunold verweist auf eine Pressemeldung, nach der die Stadt Oranienburg beabsichtige, ihre Stadtwerke zu verkaufen, um das verschuldete Spaßbad zu retten und fragt nach, wie die Stadt Potsdam unter dem Blickwinkel des Spaßbadneubaus dazu stehe. Herr Exner sieht keine Vergleichbarkeit zwischen Potsdam und Oranienburg – „Potsdam sei wirtschaftlich ganz anders aufgestellt“.

Herr Bretz bittet, in die Tagesordnung am 26.10.2005 einen Tagesordnungspunkt zur Verständigung über die Betreuung der Bauern der Stadt Potsdam aufzunehmen. In letzter Zeit seien dazu verstärkt Beschwerden an die Fraktion herangebracht worden, die im Zusammenhang mit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der kreisfreien Stadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam Mittelmark bzgl. der Übertragung von Aufgaben der Agrarverwaltung stehe.

Frau B. Müller bittet um die zugesagte Berichterstattung zur Sicherstellung der Kunstwerke auf dem Gelände des zukünftigen Spaßbades.

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt dazu aus, dass

- der Gedenkstein für die im Straßenverkehr getöteten Kinder Ende August durch die Stadtwerke geborgen wurde und nun auf der Lagerfläche des Bereiches Grün- und Verkehrsflächen untergebracht sei. Ein neuer Standort werde noch geprüft.
- Die Keramiken von Hedwig Bollhagen werden komplett fotografisch dokumentiert und dann demontiert. Unversehrte Stücke könnten z.B. in die Bollhagen-Sammlung aufgenommen werden.
- Gleiche fotografische Dokumentation erfolge mit dem Wandbild und man prüfe derzeit, wie dieses dann gesichert und ggf. eingelagert werden könne.
- Ebenso werde die Plastik von Werner Nerlich sachgerecht demontiert; die

weitere Verwendung werde in Absprache mit Frau Dorothea Nerlich geklärt.